

TOP 3.7.4 Europäischer Rat am 27./28. Juni 2013

1. Beschreibung der Problematik

Im Fokus des Europäischen Rates standen der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und die Vollendung der Bankenunion. Weitere Entscheidungen zur Vertiefung der WWU wurden vertagt.

2. Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Der Europäische Rat hat erneut einen speziellen Fokus auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gelegt, die in der EU generell hoch ist, in einigen EU-Staaten jedoch dramatische Ausmaße angenommen hat. Der Europäische Rat forderte eine rasche Umsetzung der Jugendgarantie – junge Menschen sollen innerhalb von vier Monaten wieder in Arbeit sein oder an einer Bildungsmaßnahme teilnehmen. Die Verantwortung liegt primär bei den EU-Staaten, von europäischer Ebene soll es finanzielle Unterstützung geben. So soll bei der Ausführung der Strukturfonds ein besonderer Schwerpunkt auf die Beschäftigung junger Menschen gelegt werden, eventuell auch durch Neuprogrammierung nicht verwendeter Mittel. Finanzielles Herzstück der EU-Mittel sind jedoch die im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorgesehenen 6 Mrd Euro, deren Auszahlung auf die Jahre 2014-2015 vorgelegt wird. Unterstützt werden Empfänger in EU-Regionen mit einer Jugendarbeitslosenquote von über 25%. Darüber hinaus soll die Mobilität junger Arbeitsuchender gefördert werden. Die Sozialpartner sollen bei allen diesen Maßnahmen aktiv eingebunden werden.

Aus AK-Sicht sind die von der EU vorgesehenen Mittel bei weitem nicht ausreichend, auch die Schwelle, ab der eine Unterstützung erfolgt, ist zu hoch. Aber ein erster Schritt ist getan.

3. Europäisches Semester und Wachstumspakt

Der Europäische Rat hat mit der Billigung der länderspezifischen Empfehlungen das Europäische Semester 2013 abgeschlossen. Nunmehr sind die Mitgliedstaaten am Zug. Für Österreich begrüßenswert ist, dass es im Vorfeld nicht zuletzt durch Interventionen unsererseits gelungen ist, eine konkrete Empfehlung der Kommission – nämlich die Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters – zu entschärfen.

Beschlossen wurde ein „neuer Investitionsplan für Europa“, der vor allem zur Finanzierung von Klein- und Mittelbetrieben (KMU) dienen und in dessen Rahmen die Europäische Investitionsbank (EIB) zehn Mrd Euro zur Verfügung stellen soll. Mit Ausnahme dieser konkreten Summe finden sich im Plan nur Überschriften. In diesem Zusammenhang begrüßte der Europäische Rat die Einigung über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für die kommenden sieben Jahre.

Der vor einem Jahr, im Juni 2012, beschlossene Pakt für Wachstum und Beschäftigung, wurde in Erinnerung gerufen. Der Europäische Rat fordert die EU-Organe und Mitgliedstaaten zur raschen Umsetzung auf, die Kommission wird im Dezember 2013 einen aktualisierten Umsetzungsbericht vorlegen. Tatsache ist, dass der Pakt bislang keine nachhaltige Wirkung entfaltet hat, was allerdings angesichts der Bremseffekte der aktuellen Sparmaßnahmen und der mangelhaften Ausgestaltung des Pakts absehbar war. Es frustriert, dass dem Europäischen Rat trotz neuerlicher Rezession und wei-

terhin steigender Arbeitslosigkeit nichts anderes einfällt als einen ohnehin schon dürrtigen Pakt „wiederzubeleben“.

4. Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

In den letzten Monaten hatte sich ein großer Erwartungsdruck im Hinblick auf die Vertiefung der WWU aufgebaut, insbesondere in Bezug auf die vier wesentlichen Bausteine, die beim Treffen des Europäischen Rats im Dezember 2012 festgelegt wurden (Vorabkoordinierung größerer wirtschaftspolitischer Reformvorhaben der Mitgliedstaaten, vertragliche Abkommen über die Umsetzung von Strukturreformen in Zusammenhang mit Solidaritätsmechanismen und die soziale Dimension der WWU). Während die Kommission zu den beiden erstgenannten Vorhaben bereits ihre Vorstellungen präsentiert hat, fehlt zur Frage der sozialen Dimension weiterhin ein entsprechender Vorschlag. Der kommende Europäische Rat Ende Oktober soll sich jedoch damit näher befassen, basierend auf einer Mitteilung der Kommission. Die AK hat sich von Anbeginn an entschieden gegen die sogenannten Wettbewerbspakte ausgesprochen, und zwar unabhängig davon, ob diese auf vertraglichen Vereinbarungen zur Umsetzung von Strukturreformen auf den länderspezifischen Empfehlungen basieren oder – wie von Frankreich und Deutschland in ihrem gemeinsamen Positionspapier vom 30. Mai 2013 vorgeschlagen – auf einem neuen Verfahren beruhen. Die Wettbewerbspakte würden den Druck auf die Mitgliedstaaten, „EU-konforme“ Strukturreformen zu beschließen und umzusetzen, massiv erhöhen.

Der Europäische Rat hat die Entscheidung über weitere Schritte zu einer vertieften WWU – bis auf die Bankenunion – vorerst auf Oktober bzw. Dezember 2013 verlagert. Damit ist ein gewisses Zeitfenster für weitere Aktivitäten, insbesondere zu den Wettbewerbspakten und der „sozialen Dimension“ gegeben. Oberste Priorität hat vorerst die Vollendung der Bankenunion. Mit der zentralen Bankenaufsicht für die Euro-Zone unter Führung der Europäischen Zentralbank steht bereits eine Säule der Bankenunion, nun folgen mit der Einigung auf EU-weite Vorschriften zur Sanierung und Abwicklung von Banken und dem Einlagensicherungssystem bis Jahresende zwei weitere Säulen. Im Mittelpunkt bei der Bankenabwicklung stehen strenge Haftungsregeln für systemrelevante Banken. Bei der Sanierung bzw. Abwicklung von maroden Banken sollen zuerst Aktionäre, Bankanleihenbesitzer und Kunden mit einem Konto-Guthaben von mehr als 100.000 Euro herangezogen werden (sogenanntes Bail-in). Zudem sollen Banken in nationale Abwicklungsfonds einzahlen. Kommen trotz dieses Bail-in nicht genügend Mittel zusammen, muss die Bank versuchen, frisches Kapital aufzutreiben. Gelingt auch das nicht, muss der Steuerzahler einspringen. Erst an letzter Stelle kommt der Europäische Rettungsfonds ESM zum Zug.

Eine abschließende Bewertung ist derzeit schwierig. Noch gibt es Unklarheiten, vor allem in Bezug auf die Haftungskaskade und die potentielle Belastung der europäischen SteuerzahlerInnen.

5. Bewertung

Angesichts der Dimension der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der EU ist die Bilanz des Europäischen Rates enttäuschend. Fortschritte bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Schaffung der Bankenunion können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nach wie vor kaum Anzeichen eines Umdenkprozesses gibt. Der neoliberale Kurs der Budgetkonsolidierung wird fortgesetzt – auf Kosten der Lebensperspektiven von Millionen EuropäerInnen.